

Gesellschaftspolitik in der DGSF

Beschluss der DGSF-Mitgliederversammlung 2013 (Berlin)

Grundsätze und Formen gesellschaftspolitischen Engagements

1. Wann kann und soll die DGSF sich gesellschaftspolitisch einmischen?

Die DGSF oder ihre (Organisations-)Teile mischen sich in politische Debatten und Aktionen dann ein,

- a) wenn sie zu diesem Thema aus der eigenen Arbeit eigene Erfahrungen beisteuern können („*Eigene Kompetenz*“) und/oder
- b) wenn DGSF-Mitglieder als Systemische TherapeutInnen/BeraterInnen und/oder ihre KlientInnen/KundInnen von dem jeweiligen Thema betroffen sind („*Eigenes Betroffen-Sein*“).

2. Mit welchen Haltungen kann und soll die DGSF sich gesellschaftspolitisch einmischen?

Entsprechend den Grundsätzen der systemischen Therapie und Beratung sollten Interventionen der DGSF keine simplen „Weg mit (...)! / Vorwärts zu (...)!“-Forderungen sein. Gesellschaftspolitik der DGSF sollte sich ihrer *eigenen Beobachterabhängigkeit* bewusst sein, und dass auch gegenläufige Perspektiven und Forderungen, aus anderen Sichtweisen begründet, gleiche Legitimität beanspruchen können. Sie sollte sich der *Neben- und Langzeitwirkungen ihrer eigenen Positionen* bewusst sein. Und wenn sie tätig wird, sollte sie *lösungs- und ressourcenorientiert* sowie mit Erfolgsabsicht und Erfolgsaussicht agieren.

3. Welche Formen politischer Einmischung könnten für die DGSF angemessen sein?

Interne Diskussion in Politikwerkstatt und Blog: Die DGSF ist ein großer und heterogener Verband, auch in den politischen Positionen der Einzelmitglieder. Deshalb ist ein erster wichtiger Schritt, gesellschaftspolitische Diskussionen zunächst innerhalb der DGSF zu initiieren, zu führen, zu bündeln und von dort nach außen zu tragen. Regelmäßige ein- bis zweitägige Politikwerkstätten pro Jahr zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen könnten dafür geeignet sein. Geeignet könnte auch ein regelmäßiger elektronischer „Blog“ dafür sein.

Presseerklärungen und Denkschriften: Die DGSF hat bereits in Stellungnahmen und Presseinformationen, kurzfristig und ad hoc auch zu gesellschaftspolitischen Themen Stellung bezogen. Daneben wären Positionspapiere oder längere, gründlichere „Denkschriften“ möglich, verfasst von Expertengruppen aus der DGSF.

Kampagnen und Aktionen: Die DGSF kann sich politischen Kampagnen anderer Initiativen unterstützend anschließen. Das hat sie bislang einmal schon getan mit

dem „Bündnis Kindergrundsicherung“. Oft wird dies mangels hinreichender eigener Kraft und Kompetenz der beste Weg sein. Vielleicht kann sie aber gelegentlich auch eigene punktuelle Aktionen oder Kampagnen auf den Weg bringen.

4. Wer ist bei gesellschaftspolitischer Einmischung „die DGSF“?

Gerade bei gesellschaftspolitischen Themen sollte man sorgfältig unterscheiden zwischen einzelnen Mitgliedern, einzelnen Organisationsteilen (z. B. Instituten, Fachgruppen, Regionalgruppen, ...) und dem Verband als Ganzem, repräsentiert durch Mitgliederversammlung und Vorstand. Es ist angesichts von Größe und Diversität der DGSF viel wahrscheinlicher, dass Einzelmitglieder oder Organisationsteile konkrete gesellschaftspolitische Anliegen haben und voranbringen wollen als der Verband als Ganzes. In dieser Situation lassen sich zwei verschiedene Formen gesellschaftspolitischer Einmischung unterscheiden, die unterschiedlicher Spielregeln bedürfen, welche wir hier vorschlagen.

a) Gesellschaftspolitische Aktivitäten von Fachgruppen, Regionalgruppen, Instituten und anderen Teilsystemen der DGSF

Wir schlagen vor, dass künftig jede Fach- und Regionalgruppe durch Veranstaltungen, Presseerklärungen, Denkschriften, Kampagnen oder Aktionen gesellschaftspolitisch aktiv werden kann, sofern die geplante Aktivität den o. a. Kriterien 1 und 2 entspricht („*Eigene Kompetenz*“, „*Eigenes Betroffensein*“, „*Bewusstheit über Beobachterabhängigkeit, Neben- und Langzeitwirkungen der eigenen Position*“, „*Lösungs- und ressourcenorientiertes Arbeiten*“). Ob dies der Fall ist, entscheidet kurzfristig der Vorstand, im Konfliktfall die Mitgliederversammlung.

b) Gesellschaftspolitische Aktivitäten der DGSF als Gesamtverband

Wir schlagen vor, dass künftig jedes DGSF-Mitglied oder Organisationsteil auf dem Weg über den Vorstand anregen kann, „ihre“ Aktion oder Stellungnahme als eine der ganzen DGSF auszuflaggen. Bei kleineren und kurzfristigeren Themen entscheidet darüber der Vorstand, bei größeren und langfristigen die Mitgliederversammlung.

5. Erste prominente Themenkandidaten

In den DGSF-Diskussionen seit ca. 2009 treten nach unseren Beobachtungen bislang folgende Themengruppen etwas prominenter auf, ohne dass bislang darüber eine organisierte Meinungsbildung stattgefunden hat. Denkbar ist, dass diese Themen in der nächsten Zeit in der DGSF vertieft diskutiert werden könnten, mit dem möglichen Ergebnis aktiver Einmischung.

- Die Verteilung von Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft insgesamt und die Armut vieler unserer Klientenfamilien, insbesondere in der Jugendhilfe und sozialen Arbeit (Fokus der DGSF-Jahrestagung 2009 in Potsdam).
- Die schlechte Bezahlung vieler DGSF-Mitglieder, insbesondere in der Jugendhilfe und sozialen Arbeit (Brief von Marie-Luise Conen zum Mitgliedertag 2013), verbunden mit der Diskussion, ob „SozialarbeiterInnen besser bezahlt werden sollten

als TherapeutInnen“ (angestoßen von Johannes Herwig-Lempp und Ludger Kühling).

- Die grundsätzliche Infragestellung, ob ein „Gutes Leben“ heutzutage noch mit Vollbeschäftigung einhergehen kann, die Kritik an der Hartz IV-Gesetzgebung (Fachgruppe Systemische Beratung von Menschen in Hartz IV) und die Suche nach Alternativen wie einem bedingungslosen Grundeinkommen (DGSF-Jahrestagung 2010 mit Götz Werner) oder zumindest einem bedingungslosen Grundeinkommen für Kinder.
- Das Unbehagen an einer entgrenzten und prekarisierenden Arbeitsgesellschaft (Fachgruppe Humane Arbeit und Burn-Out-Prävention), das einen unserer Nachbarverbände – die Deutsche Gesellschaft für Supervision (DGSv) – in den Jahren 2008 und 2011 zu Gruppendiskussionen mit SupervisorInnen zu deren Beobachtungen in der Arbeitswelt veranlasste.
- Der Umgang mit Einwanderern in Deutschland, die Akzeptanz kultureller Diversität und die verbesserungsfähige interkulturelle Sensitivität (Fachgruppe Interkulturelle Familientherapie und -beratung und Fokus der DGSF-Jahrestagung 2012 in Freiburg).

6. Die nächsten Schritte

- Ermunterung von Fach- und Regionalgruppen, sich zu gesellschaftspolitischen Themen zu äußern oder Aktionen zu unternehmen, innerhalb der oben beschriebenen Grenzen und Spielregeln.
- Etablierung eines kontinuierlichen gesellschaftspolitischen Diskussionsforums, evtl. als „Blog“, mit wechselnden „Themen des Monats“ oder „Themen des Vierteljahres“, sofern sich dafür ein/e ModeratorIn findet.
- Eine nächste Politikwerkstatt im Herbst/Winter 2014 zu einzelnen oder mehreren der o. a. Themen zu planen.
- Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Diskussion von politischen Wertorientierungen und Interessen, auf deren Grundlage erste fachpolitische Grundideen insbesondere zu psychosozialen Arbeitsfeldern (da hier die Mehrheit der DGSF-Mitglieder tätig ist) formuliert werden.
- Diese Arbeitsgruppe tagt zwei bis drei Mal bis zur Mitgliederversammlung im Oktober 2014. An dieser Arbeitsgruppe nehmen auf Einladung des Vorstands – neben mindestens zwei – Vorstandsmitgliedern, systemische ExpertInnen sowie VertreterInnen relevanter Fachgruppen und engagierte Einzelmitglieder teil.
- Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden in der „DGSF-Intern 2014“ veröffentlicht, auf der MV 2014 vorgestellt und in einem ausreichenden Zeitrahmen diskutiert und beraten.